

Anders. Und gleich.



Integration und Migration Auszug aus dem Grundsatzprogramm der Piraten Berlin

Das Ziel von Integration ist das friedliche Zusammenwachsen zu einer Gemeinschaft, in der die demokratische, kulturelle und wirtschaftliche Teilhabe jedes Einzelnen nicht von Herkunft, Geschlecht, sexueller Identität, Lebensalter, religiöser Überzeugung, körperlichen und geistigen Fähigkeiten oder finanzieller Lage abhängt. Die Verantwortung für das Gelingen oder Scheitern dieses Prozesses obliegt der Gesamtheit unserer Gesellschaft und damit jedem Einzelnen.

Solidarität und Verständigung zwischen allen Menschen, unabhängig von ihrem rechtlichen Status und ihrer Herkunft, sind für uns ein hohes Gut. Rassismus jeder Art und andere Formen der Ausgrenzung lehnen wir ab. Berlin lebt von der Vielfalt seiner Einwohner und übt dabei auch eine bundesweite Vorbildfunktion aus. Die Grundrechte sind auf alle Menschen auszudehnen, die in Berlin ihren Lebensmittelpunkt haben. Bestehende Benachteiligungen, die diese Menschen unverhältnismäßig einschränken, müssen beseitigt werden.

Demokratische Beteiligung

Menschen sollen an Entscheidungen, von deren Folgen sie unmittelbar betroffen sind, und den vorbereitenden demokratischen Prozessen möglichst umfassend beteiligt werden. Deshalb haben alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt

in Berlin haben, das Recht auf umfassende demokratische Mitbestimmung auf allen Ebenen der städtischen Politik. Das bezirkliche Wahlrecht sollte nicht den Besitz einer EU-Staatsangehörigkeit voraussetzen.

Darüber hinaus ist die Möglichkeit des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit deutlich zu erleichtern. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland ist anzustreben. So wird das Wahlrecht auch auf Landes- und Bundesebene ermöglicht.

Freizügigkeit

Die im Grundgesetz verankerte Freizügigkeit soll für alle Menschen in unserer Gesellschaft gelten. Jeder hat das Recht zur freien Wahl des Wohn- und Aufenthaltsortes, daher sprechen wir uns gegen Maßnahmen aus, die Migration verhindern, die innerhalb der Grenzen unseres Bundeslandes stattfindet oder diese überschreitet.

Freier Zugang zu Bildung

Der freie Zugang zu Informationen, Wissen und Bildung ist Grundlage für die Teilhabe jedes Einzelnen an unserer Gesellschaft. Dieser Zugang ist für alle Menschen, die in Berlin ihren Lebensmittelpunkt haben, gleichermaßen zu gewährleisten. Hierfür sind eventuelle Hindernisse wie Schülerdatenübermittlungen oder

Ausbildungsverbote für Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge zu beseitigen.

Das Beherrschen der deutschen Sprache ist eine Schlüsselqualifikation für Austausch, Verständigung und demokratische Beteiligung. Mehrsprachigkeit ist jedoch ein zusätzlicher Gewinn für die Gesellschaft. Daher sind im Bildungssystem der Spracherwerb in der jeweiligen Erstsprache und in weiteren Sprachen zu fördern. Außerdem sind umfangreiche Möglichkeiten für einen mehrsprachigen Unterricht zu schaffen. In öffentlich finanzierten Einrichtungen sollte der kostenfreie Zugang zu traditionellen und neuen Medien gewährleistet werden. Dies gilt auch für die so genannten Gemeinschaftsunterkünfte und Erstaufnahmeeinrichtungen.

Zugang zum Arbeitsmarkt

Die Beteiligung am sozialen und kulturellen Leben steht und fällt mit der Möglichkeit, sich im Arbeits- und Wirtschaftsleben zu etablieren. Daher setzen wir uns für einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt ein. Dies schließt die Gewährung einer uneingeschränkten Arbeitserlaubnis für Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge und die weiterreichende Anerkennung von Qualifikationsnachweisen aus dem Heimatland mit ein.

Queerpolitik Vielfalt von Geschlechtern, Identitäten und Lebensformen muss anerkannt werden

Die Piraten setzen sich für die **freie Selbstbestimmung** von geschlechtlicher und sexueller Identität bzw. Orientierung ein. Eine wirklich freie Gesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass sich jeder Mensch frei für eine, mehrere oder keine Geschlechterrollen oder Geschlechter entscheiden und diese Entscheidung zu jeder Zeit verändern kann. Zugewiesene Zuordnungen zu einem Geschlecht oder einer Geschlechterrolle lehnen wir ab, wenn sie dem Willen der Betroffenen widersprechen. Dies schließt auch ein Verbot von geschlechtszuordnenden Operationen bei Kindern ein, wenn deren Selbstbestimmung dadurch eingeschränkt wird.

In vielen Ländern der Welt ist Homosexualität kriminalisiert. Wir setzen uns für eine **weltweite Entkriminalisierung** der Homosexualität ein und gegen ihre Einstufung als Krankheit oder Perversion. Homosexualität muss als Asylgrund anerkannt sein, wenn sie im Herkunftsland offiziell oder inoffiziell verfolgt wird.

Wir setzen uns für die vollständige **rechtliche Gleichstellung** von Ehe und eingetragener Partnerschaft ein. Die eingetragene Partnerschaft ist nach dem Vorbild des französischen PACS für alle Formen von Lebensgemeinschaften zu öffnen – einschließlich der Polyamorie.

Ziviler Solidaritätspakt Pacte Civil de Solidarité - PACS

Noch immer ist Familienpolitik auf die monogame, heterosexuelle Ehe ausgerichtet („Vater-Mutter-Kind“). Dies wird der Vielfalt des zwischenmenschlichen Zusammenlebens nicht gerecht. Die strukturelle und finanzielle Bevorzugung der monogamen, heterosexuellen Ehe kann nicht begründet werden, sie ist bloß historisch gewachsen.

Familienpolitik muss statt dessen alle Formen des Zusammenlebens gleichberechtigt anerkennen. Es ist wichtig, Lebensgemeinschaften zu fördern, die Verantwortung für Kinder, alte Menschen oder Schwächere übernehmen. Alle müssen an solchen Gemeinschaften teilhaben können, egal, welches Geschlecht sie haben, wie viele sie sind oder ob sie verheiratet oder verpartnert sind.

Auch ohne Kinder sind Lebensgemeinschaften prinzipiell zu begrüßen. Es ist nicht Aufgabe des Staates, Vorgaben zu machen, wer Verantwortung für einander übernehmen darf.